

# Impuls

Start ins 2022



Das offizielle Infoheft der Jungen Mitte Kanton Luzern



2022

# Inhalt

Editorial	3
 <b>Gesicht der Jungen Mitte Kanton Luzern</b> Sandro Bucher	 4
 <b>Abstimmungen 13. Februar 2022</b> Tragung des Covid-bedingten Verlusts 2020 des Kantonsspitals In Form einer Aktienkapitalerhöhung	 6
 Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»	 8
 Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien	 10
 <b>Die Junge Mitte Kanton Luzern</b> Neben politischem Geschick auch körperliche Fitness gefordert	 12
 <b>Gastkolumne</b> von Regierungsrat Guido Graf Wenn uns die Krise die Grenzen unserer Demokratie und unseres Föderalismus aufzeigt	 14
 Patronatskomitee	 19
Impressum	19

# Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Das Jahr 2021 ist passé und so können wir auf einige Highlights zurückschauen, die ich gerne noch erwähnen möchte. So änderten wir unseren Namen zu «Die Junge Mitte Kanton Luzern» und machten so einen wegweisenden Schritt in unserer Parteigeschichte. Zudem fand erfolgreich die Gründungsversammlung Die Junge Mitte Wahlkreis Willisau am 16. Oktober statt, in unserer Partei geschieht also viel. Auch im kantonalen Vorstand Die Junge Mitte Kanton Luzern fand ein Generationenwechsel statt. So traten erfahrene und langjährige Vorstandsmitglieder zurück und junge motivierte Persönlichkeiten folgten nach.

Doch auch das Jahr 2022 verspricht spannend zu werden. So stehen wieder zahlreiche Delegiertenversammlungen in der ganzen Schweiz an, aber natürlich auch zentrale Abstimmungen, die in dieser Ausgabe Gehör bekommen sollen. Tragung des Covid-bedingten Verlusts 2020 des Kantonsspitals in Form einer Aktienkapitalerhöhung. Soll das Luzerner Kantonsspital den Verlust selber tragen oder der Kanton Luzern als Eigentümer? Was spricht dafür oder was dagegen? In dieser Ausgabe findet man Antworten darauf. Doch nicht nur wirtschaftliche Aspekte behandelt diese Ausgabe. So wird auch die Volksinitiative «Ja zum Tier und Menschenversuchsverbot» thematisiert. Sollen Tierversuche in Zukunft verboten werden und welche Folgen ergeben sich daraus? Was sind die Vor- und Nachteile?



**Gilles Ineichen, Redaktionsleiter**

Zuletzt wird in dieser Ausgabe die Thematik auf die direkte Demokratie gelegt. Unsere direkte Demokratie in der Schweiz ist weltweit einzigartig und so kann das Schweizer Stimmvolk bei allen wichtigen Entscheidungen seine Stimme abgeben. Doch gerade in der Corona-Pandemie missfiel vielen Leuten unser direkt demokratisches System. So war die Rede von einer Corona-Diktatur und nicht nur das. PolitikerInnen wurden zunehmend massiv bedroht. Eine Entwicklung, die mir Sorgen bereitet. Wo liegt also die Grenze unserer Demokratie und wo müssen wir uns bessern. Eine mögliche Sichtweise gibt uns Regierungsrat Guido Graf, der besonders in dieser Corona-Krise als Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements des Kantons Luzern gefordert war und noch immer ist.

Zu Guter Letzt wünsche ich euch allen einen guten Rutsch ins Jahr 2022. Mögen eure Vorsätze und Vorhaben gelingen und «bliibet gesund».

Gilles Ineichen

# Gesicht der Jungen Mitte

Sandro Bucher

## Wie hast du zur Jungen Mitte Kanton Luzern gefunden und wieso bist du geblieben?

Ich bin ein Mensch, der gerne für seine Meinung einsteht und diese auch kundgibt. Dies hat sich in meiner Heimatgemeinde Doppleschwand herumgesprochen. Durch den damaligen Präsidenten der CVP-Ortspartei wurde ich angefragt, ob ich interessiert wäre, einen Parteianlass zu besuchen. Da mich Politik schon stets interessierte, habe ich diese Gelegenheit wahrgenommen. Schon bald wurde mir bewusst, wie sehr die Haltungen und Meinungen der damaligen CVP mit meinen Ansichten übereinstimmen. Besonders das Streben nach einem Konsens, die Schwerpunktthemen und der Solidaritätsgedanke begeistern mich. So stiess ich zu der heutigen Jungen Mitte im Entlebuch und entschied mich im Jahr 2019 für die Kantonsratswahlen anzutreten. Die vielen spannenden und lehrreichen Begegnungen zeigten mir deutlich, dass ich in der Mitte gut aufgehoben bin. Diese Eindrücke bewegten mich weiter dazu, im Entlebuch das Präsidium der Jungen Mitte zu übernehmen und in den kantonalen Vorstand einzutreten.

## Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Besonders die Gesundheitspolitik liegt mir sehr am Herzen. Ich engagiere mich nicht nur politisch, sondern auch beruflich für ein belastungsfähiges und nachhaltiges Gesundheitswesen. Besonders beim Pflegenotstand sehe ich dringenden

Handlungsbedarf. So forderten wir von der



Sandro Bucher,  
Präsident Die Junge Mitte Wahlkreis Entlebuch,  
Vize-Präsident Die Junge Mitte Kanton Luzern

Jungen Mitte im letzten Jahr beispielsweise die Bruttolöhne für Studierende HF auf eine marktgerechte Höhe anzuheben, damit diese Ausbildung in Gesundheitsberufen an Attraktivität zunimmt und gegen den Fachkräftemangel im Luzerner Gesundheitswesen vorgegangen wird. Dieses Anliegen wurde in einem Postulat an Kantonsrat Daniel Piazza, Die Mitte, Malters, übergeben, welcher nun die Forderung der Jungpartei ins Luzerner Kantonsparlament einbringt. Weiter möchte ich mich für eine starke Bildung einsetzen, da junge gebildete Menschen, die Zukunft von morgen sind. In der schulischen Ausbildung darf aus meiner Sicht die politische Bildung nicht zu kurz kommen. Als junger Mensch beschäftigt mich auch die Umweltpolitik. Hier sind mir nachhaltige und zielorientierte

Veränderungen wichtig. Die Klimaprobleme löst man nicht mit Brechstangenforderungen, sondern durch Fortschritte im Bereich der erneuerbaren Energien und Anreizen in diese Energien zu investieren.

### **Wie kann die Junge Mitte Kanton Luzern mehr junge Menschen begeistern?**

Einen wegweisenden und wichtigen Schritt hat die Junge Mitte mit dem Namenswechsel aus meiner Sicht bereits gemacht. Dies zeigt den jungen Menschen, dass wir zukunftsorientiert denken. Die Bezeichnung «Mitte» steht für mich für Ausgeglichenheit. Wir sind keine Partei, die ständig anstiftet oder kritisiert. Wir sind junge Menschen, die zielgerichtete Lösungen suchen, ohne negativ polarisieren zu wollen. Wir stehen für unsere Visionen selbstbewusst ein, aber lassen dabei andere Meinungen nie ausser Acht. Wir müssen die jungen Luzernerinnen und Luzerner merken und spüren lassen, dass nicht der stetige Widerstand, sondern faire Diskussionen, gegenseitiges Zuhören und Kompromissbildungen zum Ziel führen. Wir als Junge Mitte haben eine erfolgsversprechende, aber anspruchsvolle Rolle. Wir müssen nämlich nicht nur für unsere Bedürfnisse eintreten, sondern sind auch die Vermittler zwischen

verhärteten Fronten. Diese Rolle besetzen wir, da uns unsere Zukunft und natürlich auch die Zukunft des Kantons Luzern am Herzen liegt. Wenn man sich erfolgreich für eine positive Zukunft einsetzt, kommt die Begeisterung von alleine.

### **Kürzlich wurdest du zum Vizepräsident Die Junge Mitte Kanton Luzern gewählt, herzliche Gratulation! Welche Herausforderungen möchtest du besonders anpacken?**

Besten Dank! Ich freue mich auf die Ausübung dieses Amtes und auf die vielen lehrreichen Begegnungen. An der letzten Generalversammlung haben viele erfahrene und langjährige Gesichter unseren Vorstand verlassen. An dieser Stelle nochmals ein grosses Dankeschön! Zu meiner grossen Freude durften wir im Vorstand junge und tatkräftige Persönlichkeiten willkommen heissen. Der Tatendrang ist gross und spürbar. Ich sehe es als meine Aufgabe die neuen Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern zu unterstützen. Die kantonalen und nationalen Wahlen 2023 stehen bereits vor der Tür. Die Junge Mitte Kanton Luzern hat sich ambitionierte Ziele gesetzt. Gemeinsam wollen wir etwas bewegen und erreichen!

# Tragung des Covid-bedingten Verlusts 2020 des Kantonsspitals in Form einer Aktienkapitalerhöhung

Am 13. Februar 2022 entscheidet die Luzerner Stimmbevölkerung über die Aktienkapitalerhöhung des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) ab. Konkret soll der Verlust von 25.9 Millionen Franken im Jahr 2020 in gleicher Höhe mittels Aktienkapitalerhöhung kompensiert werden. Das Dekret unterliegt gemäss der Kantonsverfassung einer Volksabstimmung.

*Von Josef Lusser*

Der Bundesrat hat im Zeitraum zwischen dem 17. März 2020 bis zum 26. April 2020 eine Beschränkung der medizinischen Leistungen in den Spitälern angeordnet. Mit dieser Massnahme wurde die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung sichergestellt. Die Massnahme hatte dazu geführt, dass die Bevölkerung ambulante und stationäre medizinische Leistungen der Spitäler zurückhaltend in Anspruch genommen hatte. Gemäss dem Bericht des Regierungsrats hat auch die zweite Welle der Pandemie ab Oktober 2020 eine ähnliche Wirkung auf die Bevölkerung gehabt. Zur Folge standen deutliche Mindererträge für das LUKS gegenüber dem Budget als auch gegenüber dem Vorjahr.

## Umfang des Covid bedingten Nettoverlusts

Im Jahresabschluss 2020 wies das LUKS unter Berücksichtigung der Entschädigung vom Kanton Luzern (Covid-bedingte Mehrkosten von 8.4 Millionen Franken) einen Verlust von 53.6 Millionen Franken aus. Davon sind 38.7

Millionen Franken Covid-bedingt. Von einem Nachtragskredit zum Voranschlag 2021 entfielen 12.8 Millionen Franken auf das LUKS. Unter dem Strich also 25.9 Millionen Franken Covid-bedingter Nettoverlust.

## Verschiede Formen von Unterstützungsmöglichkeiten

Gemäss dem Bericht des Regierungsrats wurden die folgenden verschiedenen Möglichkeiten beigezogen, um den Verlust von 25.9 Millionen Franken zu tragen:

- Einen Beitrag an die Erfolgsrechnung, welche das Jahresergebnis verbessert hätte, wäre aus Sicht des Regierungsrates eine kurzfristige Lösung gewesen. Zudem wäre kein Gegenwert angedacht. Die Abgrenzung einer beschlossenen Beteiligung an den Covid-bedingten Ertragsausfällen 2020 wäre sehr schwierig gewesen.
- Eine Unterstützung mittels eines Darlehens wäre in den Augen des Regierungsrates fraglich, wie diese in der Bilanz dargestellt worden wäre und ob dieses verzinst sein sollte oder nicht.
- Eine schwache Wirkung hätte eine Bürgschaft erzielt, da diese weder zu einer verbesserten Liquidität noch das Eigenkapital erhöht worden wäre.
- Als vierte, letzte und ideale Unterstützungsart steht die Möglichkeit in Form einer Aktienkapitalerhöhung. Im Hinblick auf die künftigen Investitionen und die Weiterentwicklung des Unternehmens bietet eine Erhöhung des Aktienkapitals langfristig eine zufriedenstellende Lösung. Zudem werden Gewinne, wie beispielsweise Dividenden, wieder zum Inhaber zurückgeführt.

## **Breite Unterstützung bei den Volksvertreter:innen**

Durch alle Hierarchiestufen hindurch haben die Mitarbeitenden der privaten und öffentlichen Spitäler zur Bewältigung der Corona-Pandemie eine ausserordentliche Leistung erbracht. Der unglaubliche Einsatz hat sich finanziell leider nicht ausgezahlt und unter dem Strich sogar zu einem erheblichen Verlust geführt. Gemeinsam erachtet es der Kantons- und Regierungsrat als nicht korrekt, wenn dieser Verlust vom LUKS selber getragen werden muss. Zudem könnte die Tragung dieses erheblichen Verlustes aus dem Jahr 2020 die Weiterentwicklung des Unternehmens massiv erschweren und schlimmstenfalls gar die Gesundheitsversorgung beeinträchtigen. Alle sechs Fraktionen des Kantonsrates stimmten der Aktienkapitalerhöhung für das LUKS zu. Der Kantonsrat hat den Kredit gutgeheissen und mit 99 zu einer 1 Gegenstimme zugestimmt.

## **Der Kanton Luzern übernimmt die Verantwortung**

Der Kanton Luzern als 100-prozentiger Inhaber des Kantonsspitals ist somit in der Verantwortung die Einnahmeausfälle zu kompensieren. Um die künftigen Bau- und Investitionsvorhaben stemmen zu können, braucht es finanzielle Stabilität und eine gesunde Bonität. Im Hinblick auf die Gewinnrückführungen in den letzten zehn Jahren (100 Millionen Franken) hat der Kanton vom LUKS profitiert und die Tragung relativiert sich. So soll der Kanton auch wieder künftig von den Gewinnen profitieren können. Also ein langfristiges Interesse.

## **Gestärkt in die Zukunft**

Die im Jahr 2012 eingeführte Spitalfinanzierung in der Schweiz umfasst unter anderem die Mitfinanzierung durch den Kanton, die Abgeltung medizinischer Leistungen mit Fallpauschalen und die direkte Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen durch den Kanton etc. Durch die zusätzliche und intensive Kooperationssuche wurden mit dem Kantonsspital Nidwalden ein optimaler Partner gefunden. Zur organisatorischen Optimierung und Stärkung wurde per 1. Juli 2021 die öffentlich-rechtliche Anstalt Luzerner Kantonsspital (LUKS) in die Luzerner Kantonsspital AG (LUKS AG) umgewandelt. Unter anderem der Druck auf die Tarife für die stationäre Leistungen hat dazu geführt, dass sich die finanzielle Situation seit 2017 stets, verschlechtert hat.

## **Fazit**

Der Kanton Luzern als 100-prozentiger Inhaber erachtet es aus den erläuterten Gründen als angebracht, dem Unternehmen Luzerner Kantonsspital AG beizustehen und den unverschuldeten Covid-bedingten Verlust zu übernehmen. Die Empfehlung seitens Kantons- und Regierungsrats ist nicht zu verkennen. In gegenseitiger Übereinstimmung empfehlen sie dem Kredit von 25.9 Millionen Franken zuzustimmen und die Abstimmungsfragen mit «Ja» zu beantworten.

Quellen:

<https://www.lu.ch>

<https://www.lustat.ch>

<https://www.luzernerzeitung.ch/>

# Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»

## Tierversuche und der Druck aller Seiten

*Von Jetesa Huskaj*

Tierversuche werden in unserer Gesellschaft kontrovers und oft sehr emotional diskutiert – nicht zuletzt, weil oft Informationen über ihren Sinn, die Belastung der Tiere oder die Ergebnisse und deren möglichen Nutzen fehlen. Deshalb sollten wir stärker mit der Öffentlichkeit kommunizieren und diese besser informieren. Wenn es uns gelingt, dass sich viele Menschen vertieft und breit mit dem Thema auseinandersetzen, dann haben wir nichts zu befürchten.

Im Jahr 2010 wurde vom Europäischen Parlament nach langen kontroversen Debatten eine EU-Richtlinie zum Tierschutz in der Forschung verabschiedet, die in vielen Punkten neue, strengere Regelungen vorsieht und gleichzeitig europaweit einheitlich hohe Standards für die Zulassung von Tierversuchen und die Unterbringung und Betreuung von Tieren in der Forschung setzt. In der Schweiz ist es so, dass Tierversuche nur bewilligt werden dürfen, wenn keine alternativen Methoden vorhanden sind, mit denen eine Fragestellung beantwortet werden kann. Eine Güterabwägung zeigt auf, ob ein Tierversuch bewilligt und durchgeführt werden kann, dabei wird der erwartete Erkenntnisgewinn der Belastung der Tiere gegenübergestellt. Ein strenges und dichtes Tier-

versuchsverbot, kann man meinen. Ein Pa-piertiger nützt dem Gewissen, aber nicht der Sache.

Um der Frage «Wieso keine Tierversuche?» auf den Grund zu gehen, möchte ich mit einer Gegenfrage antworten. Was spricht denn für die Tierversuche?

## 1. Lieber an Tieren forschen als an Menschen

Tierversuchsbefürworter stellen oft die Frage in den Raum «Wollen Sie lieber direkt an Menschen testen?» Damit wird ein Szenario konstruiert, dass es in der Realität gar nicht gibt. Denn es geht nicht darum auszuwählen, ob man eine möglicherweise giftige Substanz lieber direkt an Menschen oder erstmal an Tieren testet, sondern darum, dass das «Modell Tier» nicht geeignet ist, eine zuverlässige Aussagekraft auf den Menschen zu generieren. Sei es die Wirkung neuer Medikamente oder den Erfolg von Behandlungsmethoden.

## 2. Kein Medizinischer Fortschritt ohne Tierversuche

«Ohne Tierversuche gibt es keinen medizinischen Fortschritt und der jetzige Zustand würde stehen bleiben», hören wir von den Fürsprechern des Tierversuchs. Der Eindruck wird erweckt, dass Tierversuche für eine erfolgreiche biomedizinische Forschung notwendig sind. Tatsächlich werden in allen medizinischen Bereichen unaufhörlich Tierversuche gemacht und diese werden häufig mit einem in Aussicht gestellten Nutzen für kranke Menschen gerechtfertigt. Aber heisst das auch, dass wir der Forschung am Tier unsere modernen Therapien zu verdanken



haben? Die Tatsache, dass in der Vergangenheit Tierversuche durchgeführt wurden, bedeutet nicht, dass die Errungenschaften der Medizin nur auf diese Weise gefunden werden konnten. Wir wissen nicht, wo die Medizin heute stehen würde, wenn Tierversuche vor z.B. 100 Jahre verboten worden wären. Es ist aber wahrscheinlich, dass wir schon viel weiter wären, denn Tierversuche halten - wegen der falschen Ergebnisse, die sie liefern - den medizinischen Fortschritt nur auf. Andere Methoden (z.B. im In-vitro-Bereich), klinische Forschung sowie Prävention von Krankheiten würden - wenn Tierversuche verboten wären - im Vordergrund stehen, was zu einer Verbesserung der Gesundheitslage führen würde. Die Durchführung von Tierversuchen in der Vergangenheit ist also weder ein Beweis für deren Notwendigkeit, noch sagt sie etwas über die Zukunft der Medizin aus. Zudem sind zahlreiche Entdeckungen von grosser medizinischer Bedeutung tierversuchsfrei gelungen und vielfach erst im Nachhinein im Tierversuch «nachgestellt» worden. Zum Beispiel wurde Aspirin schon Mitte des 18. Jahrhunderts ohne Tierversuche entdeckt. Wenn man den nachträglich durchgeführten Tierversuchen vertraut hätte, wäre uns dieses Medikament vorenthalten geblieben, denn für einige Tierarten ist es schädlich oder tödlich.

### **3. Tierversuche machen Medikamente und Stoffe für uns sicher**

Wie fatal es ist, aus der Wirkung am Tier auf den Menschen zu schliessen, zeigen schon allein zahlreiche Alltagsbeispiele: Schokolade ist für uns Menschen lecker, jedoch für Hunde und Katzen giftig. Auf einen Knollenblätterpilz verzichten wir Menschen lieber,

da er für uns tödlich ist. Kaninchen dagegen verzehren ihn sorgenfrei. Paracetamol ist für Menschen ein wirkungsvolles Schmerzmittel, für Katzen ist es giftig. Tierversuche gaukeln oftmals also eine falsche Sicherheit vor, was für Menschen fatale Folgen haben kann.

### **4. Es gibt nicht genügend «Alternativen»**

Das Wort «Alternativen» ist in Anführungszeichen gesetzt, da es impliziert, der Tierversuch sei eine im Prinzip sinnvolle Methode, die lediglich ersetzt werden muss. Es geht jedoch nicht um den genauen Ersatz eines Tierversuchs durch eine tierversuchsfreie oder eine menschenversuchsfreie Methode. Richtet man den Blick auf die Zielsetzung, Forschungsmethoden zu entwickeln und anzuwenden, die gewinnbringend hinsichtlich des medizinischen Fortschritts und der Generierung von auf uns Menschen übertragbaren Ergebnissen sind, wird schnell klar, dass ein Wechsel hin zu modernen Verfahren notwendig ist. Man möge sich über Zellkulturen, Bildgebende Verfahren oder Computerverfahren und mehr informieren.

Zum Schutz von Patienten und auch zum Schutz der Schweizer Hersteller ist eine konsequente Haltung zur ethisch und wissenschaftlich besseren Forschung unerlässlich. Wir sind zu weit besserem und eleganterem fähig. Wir machen den Weg frei für bessere Forschung und Produkte. Anstatt an Methoden aus dem vorletzten Jahrhundert festzuhalten, müssen wissenschaftliche Forschungstechniken ohne Tier- und Menschenversuche, sowie die Vorbeugung von Krankheiten in den Vordergrund rücken, um in der Medizin zu wirklichen Fortschritten zu gelangen. Schritt für Schritt.

# Bundesgesetz über ein Massnahmepaket zugunsten der Medien

**Verlieren die Medien somit ihre Unabhängigkeit? JA oder NEIN?**

*Von Beda Lengwiler*

Das Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien will lokale und regionale Medien stärken. Dies möchte man anhand eines Massnahmenpakets umsetzen. Doch welche Massnahmen umfasst das Massnahmenpaket genau?

Zum einen soll die vom Bund bereits vergünstigte Zustellung von abonnierten Zeitungen auch auf Zeitungen mit grösserer Auflage ausgedehnt werden.

Da das Bedürfnis, die Zeitung früh morgens zugestellt zu bekommen, gross ist, soll zudem die Frühzustellung der Zeitungen ebenfalls mit Bundesgeldern unterstützt werden.

Auch Online-Medien, Lokalradios und Regionalfernsehen sollen gefördert werden. Dies durch eine Ausdehnung des Spielraumes für die finanzielle Unterstützung. Diese Unterstützungen sind an die Bedingung geknüpft, dass sich die jeweiligen Medien an ein Schweizer Publikum richten. Ausserdem müssen sie über Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft berichten.

Diese Massnahmen sollen über die Radio- und Fernsehgebühr und über den Bundeshaushalt finanziert werden.

Für Online-Medien und Zeitungen sollen die Förderungen auf sieben Jahre beschränkt sein.

Das Bundesgesetz über die Massnahmenpakete möchte man einführen, weil viele lokale und regionale Medien in letzter Zeit finanziell unter Druck geraten sind, da Werbegelder vermehrt zu grossen internationalen Internetplattformen fliessen. Mit der Einführung des neuen Gesetzes möchte man das Verschwinden von kleinen Medien verhindern. Als erweitertes Ziel soll die Berichterstattung aus und in den einzelnen Regionen weiterhin gewährleistet werden.

Der Bundesrat und auch die Mehrheit des Parlaments unterstützen die Vorlage. Im Nationalrat wurde die Vorlage mit 115 Ja- zu 75 Neinstimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Im Ständerat fiel das Ergebnis mit 28 Ja- zu 10 Neinstimmen bei 6 Enthaltungen noch deutlicher aus.

Die Gegner, welche das Referendum ergriffen haben, argumentieren, dass keine Steuergelder für reiche Verlage verwendet werden sollten. Auch kritisieren sie, dass der Staat die Medien dank den Förderungsmassnahmen und der damit verbundenen Auflagen kontrollieren werde und dass dies in unserem demokratischen System nicht akzeptabel ist.

Die Gegner sind zudem der Meinung, dass es wettbewerbsverzerrend ist, Gratis-Medien nicht ebenfalls zu subventionieren. Sie sprechen davon, dass damit das Medien-Monopol gestärkt und ein Bevölkerungsteil von der politischen Meinungsbildung ausge-

geschlossen werde. Speziell Junge und Normalverdienende, die sich keine Medienabos leisten können, seien davon betroffen.

Weiter wird von der Seite der Gegner des Gesetzes behauptet, die Vorlage sei verfassungswidrig. In der Verfassung im Artikel 93 stehe geschrieben, dass nur die Förderung von Radio und Fernsehen gewährleistet werden soll.

Die Befürworter des Gesetzes sind der Meinung, es sei wichtig, die regionalen Medien zu stärken und dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft alle Landesteile und Sprachregionen von Medien abgedeckt werden. So soll eine regionale und vielfältige Berichterstattung sichergestellt werden.

Auch sei es laut den Befürwortern wichtig, kleinere Medien zu unterstützen und das Zeitungssterben zu stoppen. In den letzten Jahren sind nämlich bereits über 70 Medien verschwunden. Man möchte diesen Trend stoppen.

Die Befürworter sehen keinen Konflikt mit der Demokratie, viel mehr meinen sie, dass mit dieser Vorlage die Demokratie geschützt werde. Denn die Demokratie braucht die Medien und die Medien sind wichtig für die Information der Bevölkerung. Es treffe nicht zu, dass der Staat somit die Medien unter Kontrolle habe. Die Medien können weiter-

hin Bericht erstatten und informieren, ohne dass der Staat Einfluss auf den Inhalt nimmt.

Ein weiteres Pro-Argument ist, dass es aktuell aufgrund der steigenden Beliebtheit von nationalen und internationalen Medienplattformen immer weniger Berichte aus den einzelnen Regionen gibt. Man möchte die regionale Berichterstattung fördern, damit alle wissen, was in ihrer Region passiert, und sich über das Wichtigste informieren können.

Ich halte das Bundesgesetz persönlich für sinnvoll. Es ist wichtig, dass über regionale und lokale Ereignisse berichtet wird. Mit einem JA zum Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien bremsen wir das Mediensterben und fördern die Meinungsvielfalt!

Speziell für die lokale Politik, für welche ich als Einwohnerrat der Jungen Mitte in Kriens tätig bin, ist es wichtig, dass es regionale Medien gibt. Diese berichten zum Beispiel über die wichtigsten Ereignisse in der Region. Sie informieren die Bevölkerung über wichtige Vorkommnisse in der Gemeinde, über Beschlüsse des Gemeindeparlaments und des Gemeinderats, über Positionen der einzelnen Parteien und beispielsweise auch über Vorstösse, die wir von der Jungen Mitte eingereicht haben.

## Neben politischem Geschick auch körperliche Fitness erfordert

### Bundeshausbesuch der Jungen Mitte Kanton Luzern

*Von Sandro Bucher*

Viele kennen den Nationalratssaal, die Wandelhalle oder die Kuppelhalle in Bundesbern von Fernsehbildern oder Zeitungssauschnitten. Nicht so die Mitglieder der Jungen Mitte Kanton Luzern. Einmal jährlich besuchen wir Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker nämlich unser Schweizer Regierungsgebäude. Im vergangenen Jahr reisten wir am 6. Dezember mit einer zwölfköpfigen Delegation in die Bundeshauptstadt, um die Machenschaften in unserem Schweizer Parlament hautnah mitzuerleben. Hierzu folgten wir der herzlichen Einladung unserer Luzerner Mitte Nationalrätin Priska Wismer-Felder. Gemeinsam trafen wir uns in Luzern und bereits auf der Zugfahrt nach Bern gab es einiges zu diskutieren und berichten. Zur grossen Freude von uns allen, durften wir auch drei Neumitglieder begrüssen, die das erste Mal an einem Anlass der Jungen Mitte teilnahmen. Beim Besuchereingang angekommen, wurden wir gleich persönlich durch Priska Wismer-Felder und dem Urner Nationalrat Simon Stadler begrüsst. Priska Wismer-Felder führte uns dann auch gleich selbst durch das imposante Gebäude. Und so war eine der ersten Personen, die uns in der

Kuppelhalle über den Weg lief, niemand geringeres als Bundesrat Alain Berset. Eben noch persönlich im Gespräch mit der Rickenbacher Nationalrätin und wenig später konnten wir bereits ihr politisches Geschick von der Besuchertribüne aus beobachten. Das spannende Treiben der Parlamentarierinnen und Parlamentarier stiess bei uns auf grosse Faszination. Das im Nationalrat nicht nur Verhandlungsgeschick und Dossierkenntnis, sondern auch sportliche Fitness erforderlich ist, zeigte sich vor den jeweiligen Abstimmungen. So manch ein Parlamentarier huschte im letzten Moment noch durch die Saaltüren, um den Abstimmungsknopf zu betätigen. Nach dem spannenden Einblick in die grosse Kammer, erwartete uns Priska Wismer-Felder in einem der vielen Kommissionenzimmer. Zum Interesse von uns allen, nahm sie sich Zeit unsere Fragen ausführlich zu beantworten und erzählte eindrücklich von ihrem Alltag in Bundesbern. Dabei erläuterte sie detailliert, wie die Arbeit in den jeweiligen Kommissionen von statten geht. Bevor wir die Mauern des geschichtsträchtigen Gebäudes wieder verliessen, nahmen sich die Luzerner Mitte Nationalrätin Priska Wismer-Felder, Ida Hunkeler-Glanzmann und Nationalrat Leo Müller Zeit mit uns in der Kuppelhalle für ein Gruppenfoto zu posieren. Den Abend liessen wir gemeinsam bei einem leckeren Nachtessen im Restaurant «Papa Joe's» ausklingen.



Delegation der Jungen Mitte Kanton Luzern mit den Nationalrätinnen Priska Wismer-Felder und Ida Hunkeler-Glanzmann sowie Nationalrat Leo Müller



Die Jungen Luzerner Mitte-Politiker vor dem imposanten Bundeshaus in Bern



Ein Blick von der Besuchertribüne runter in den Nationalratssaal

# Wenn uns die Krise die Grenzen unserer Demokratie und unseres Föderalismus aufzeigt - Gastkolumne

*Von Regierungsrat Guido Graf*

«Warum ist die Schweiz in der Pandemiebekämpfung so langsam unterwegs – egal, ob es um eine Empfehlung für die Booster-Impfung geht oder darum, neue Massnahmen zu ergreifen?». Diese Frage stellte mir im Dezember 2021 eine Journalistin der Sonntagspresse. Und die NZZ titelte Mitte Dezember 2021: «Die Booster-Blamage – die Kantone und der Bund haben die Kampagne um die dritte Impfung verschlafen, und es ist wenig Besserung in Sicht.» Im Bericht zeigte die NZZ auf, dass die Schweiz Mitte Dezember die tiefste Booster-Quote in Westeuropa hatte, und dass andere europäische Staaten schon im September oder früher mit dem Boostern begonnen hatten, während man hierzulande erst Anfang Dezember in die Gänge kam.

Nun gut, wie sagt man so schön: die Mühlen der Bürokratie mahlen langsam. Bürokratie gibt es aber auch anderswo. Was ist dann der Grund, dass die Schweiz gerade in der Pandemiebekämpfung oftmals langsamer vorankommt als andere westeuropäische Staaten?

## **Weltweit einzigartiges System, das uns erfolgreich macht**

Was die Schweiz unter anderem einzigartig und vor allen Dingen auch sehr erfolgreich macht, ist unser direkt demokratisches System und die föderalistische Struktur. Unsere



**Guido Graf, Regierungsrat  
Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements des  
Kantons Luzern**

direkte Demokratie garantiert jeder Bürgerin und jedem Bürger ein wohl weltweit einzigartiges Höchstmass an Mitbestimmungsrechten. So entfallen z.B. rund die Hälfte aller Volksabstimmungen weltweit auf die Schweiz! Hinzu kommt unser Neutralitätsgedanke, der uns die geistige und moralische Freiheit eines selbstständigen Urteils beim Mitbestimmen sichert.

Mit anderen Worten: Als Bürgerinnen und Bürger können wir uns glücklich schätzen in einem Land zu leben, in dem wir aufgrund unserer direkten Demokratie so stark mitbestimmen können wie kaum in einem anderen Land. Der Föderalismus bietet unseren Kantonen und unseren Kommunen zudem viel Eigenständigkeit, sodass wir grundsätzlich überall Regelungen haben, die den lokalen

Bedingungen und Bedürfnissen entsprechen.

Soweit so gut – in der sogenannten Normalität.

### **Wie gut ist unser politisches System in der Krise?**

Nun hat das Covid-19-Virus jedoch die grösste globale Krise seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst. Und die Schweiz ist bei der Bewältigung dieser Krise offenbar gelegentlich schwerfällig unterwegs. Da stellt sich die Frage: Stossen unser direkt demokratisches System und unsere föderalistische Struktur in einer Krise wie z.B. dieser Pandemie an ihre Grenzen?

Es zeigt sich: Mitbestimmungsrechte und individuelle Freiheiten werden auch in Krisenzeiten hochgehalten. Das ist grundsätzlich positiv. Bemerkenswert ist auch, dass die Schweiz das einzige Land der Welt ist, in dem das Volk mittlerweile schon zum zweiten Mal über die Corona-Politik abstimmen konnte. Man kann sagen: diese wurde vom Volk zweimal von rund 60 Prozent gutgeheissen. Die hohe Stimmbeteiligung zeigt auch: die Bevölkerung will mitbestimmen, wie wir diese Krise gemeinsam bewältigen.

### **Fake News als Bedrohung der direkten Demokratie**

Die Werte, welche in unserer direkten Demokratie zählen, führen jedoch auch dazu, dass unsere Gesellschaft mittlerweile gespalten ist als in vielen anderen westeuropäischen Ländern, und dass unsere Impfquote vergleichsweise eher tief ist. Wir wurden in einem System sozialisiert, in dem wir unsere Mitbestimmungsrechte und unsere Freihei-

ten grundsätzlich über alles stellen. Rund 40 Prozent scheinen diese nicht vorübergehend aufgeben und dem Gemeinwohl unterordnen zu können oder zu wollen. Hinzu kommt, dass diese Krise im Unterschied zu früheren Krisen in eine Zeit fällt, in der die Digitalisierung zahlreiche Möglichkeiten bietet, seine Meinung auch anonym einem breiten Publikum kundzutun. Insbesondere in den Social Media kursieren seit Beginn der Pandemie immer mehr «Fake-News». Diese sind eine Gefahr für unsere direkte Demokratie wie auch für alle Demokratieformen, die grundsätzlich darauf beruhen, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger seine Meinung anhand von korrekten Informationen und Meinungen, die auf diesen aufbauen, bilden kann. Zensur von «Fake-News» ist wohl nicht die Lösung. Allenfalls stehen hier aber die Schulen, Behörden und Medien in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, Falschinformationen zu erkennen und diese korrekt einzuordnen.

### **Rasch handlungsfähig durch klare Aufgabenteilung und Zuständigkeiten**

Wie gesagt stellt sich aber auch die Frage, wie sehr der Föderalismus geeignet ist für die Bewältigung dieser Pandemie. Die Verantwortlichkeiten und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen in dieser besonderen Lage scheinen teilweise nicht klar zu sein. Das Hin und Her von Bund und Kantonen im Nov./Dez. 2021, als es darum ging, weitere Massnahmen zu ergreifen, ist das beste Beispiel hierfür. Die Kantone wünschen sich grösstenteils, dass der Bund das Heft in die Hand nimmt, um einen für die Bevölkerung nicht nachvollziehbaren Flickentepp-

pich an Massnahmen zu vermeiden. Der Bund verwies hingegen an die Kantone, um kurz darauf doch selbst schweizweit einheitliche Massnahmen zu ergreifen. Allenfalls wollte man so auch die direkt-demokratische Abstimmung über das Covid-19-Gesetz nicht gefährden. Wie auch immer, mit diesem Hin und Her verloren wir vor allem eines: Zeit, um die derzeitige Welle zu brechen und eine Überlastung der Intensivstationen zu verhindern. Und wir verloren wohl auch an Vertrauen in der ohnehin gespaltenen Bevölkerung. Daher begrüsse ich es sehr, dass die Konferenz der Kantonsregierungen unser Krisenmanagement bereits seit Mitte 2020 überprüft und aktuell einen Schlussbericht vorbereitet mit konkreten Empfehlungen für eine Gesamtkoordination, die wir hoffentlich bald umsetzen können.

### **In Krisen können nicht alle immer und überall mitreden**

Alles in allem bin ich nach wie vor der Ansicht, dass unser direktdemokratisches System und unsere föderalistische Struktur die weltbeste Staatsform ist, die unser Land erfolgreich macht. Um in einer Krise rasch handeln zu können, ist sie aber nicht vollumfänglich geeignet. Es braucht zwar auch in der Krise ein gutes Zusammenspiel von Bund, Kantonen, Gemeinden und Bevölkerung, denn – um es in Friedrich Dürrenmatts Worten zu sagen: «Was alle angeht, können

nur alle lösen.». In der Krise, gerade wenn es um Leben oder Tod geht, können aber nicht alle immer und überall mitreden, ansonsten sind wir schlichtweg zu langsam unterwegs, und die Krise ist uns immer einen Schritt voraus.

Als Staat müssen wir die Zuständigkeiten klar regeln und die Aufgaben ebenso klar verteilen. Und als Bürgerinnen und Bürger brauchen wir Vertrauen in den Staat, um zu wissen, dass wir im Grossen und Ganzen mitbestimmen, aber nicht immer und überall mitreden müssen, da der Staat diese Krise im Sinne des Gemeinwohls meistert. Um dieses Vertrauen zu stärken, muss der Staat so viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit wie nur möglich leisten. Vor allem müssen wir aber auch weiterhin die Solidarität in der Gesellschaft stärken, um in unserem politischen System krisenfester zu werden; die Solidarität zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund, Stadt und Land etc. Denn nur wenn wir solidarisch sind, können wir unsere Individualität und Freiheit bei Bedarf auch dem Gemeinwohl unterordnen.

*Guido Graf, Regierungsrat  
Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements des Kantons Luzern*







## Patronatskomitee

Christian Blunschi, Einwohnerrat, Emmenbrücke  
Markus Dürr, alt Regierungsrat, Malters  
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin, Altishofen  
Kathrin Graber, alt Einwohnerrätin, Kriens  
Konrad Graber, alt Ständerat, Kriens  
Guido Graf, Regierungsrat, Pfaffnau  
Reto Wyss, Regierungsrat, Rothenburg  
Marcel Hurschler, alt JCV-P-Kantonsrat, Sempach  
Pirmin Jung, ehem. Präsident CVP Luzern, Eschenbach  
Luzia Kurmann, Buchs  
Christoph Lengwiler, alt Kantonsrat, Kriens  
Ruedi Lustenberger, alt Nationalrat, Romoos  
Urs Marti, Kantonsrat, Zell  
Erna Müller-Kleeb, alt Kantonsrätin, Rickenbach  
Dani Piazza, Kantonsrat, Malters  
Marlis Roos Willi, Kantonsrätin, Geiss  
Martin Schwegler, ehem. Parteipräsident CVP Luzern, Menznau  
Anton Schwingruber, alt Regierungsrat, Werthenstein  
Xaver Vogel, Menzberg  
Franz Wicki, alt Ständerat, Grosswangen  
Franz Wüest, alt Kantonsrat, Ettiswil  
Pius Zängerle, alt Kantonsrat, Adligenswil

## Impressum

**Auflage** 1630 Exemplare

**Redaktionsleitung** Gilles Ineichen, Reiderstrasse 7, 4806 Wikon, jcvp-jmpuls@gmx.ch

**Layout** Esther Unternährer-Hagmann, esther\_hagmann@hotmail.com

**Präsident der Jungen Mitte Kanton Luzern** Luca Boog, Eichenstrasse 1, 6222 Gunzwil, luca.boog@diejungemitte.ch

Der «Jmpuls» erscheint viermal jährlich zuhnden der Abonnenten, der Mitglieder der Jungen Mitte Kanton Luzern sowie der Spender des «Jmpuls» und der Junge Mitte Kanton Luzern.

Die Abonnementskosten betragen jährlich 10 Franken. Für Mitglieder der Jungen Mitte Kanton Luzern ist der Jmpuls kostenlos.

Verlegerin ist die Junge Mitte Kanton Luzern.

	AZB
	6110 Wolhusen
	Keine Adressberichtigungen